



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Bundesregierung und HRG-Novelle

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

Neu aufgenommen in den Einzelplan des Ministeriums wurden ferner Mittel für die Förderung deutscher ausgesiedelter oder zugewanderter Studienbewerber, deren Studium durch eine Zusatzausbildung in der Bundesrepublik ergänzt werden muß. Vorgesehen sind 2 Millionen Mark.

Das Gesamtvolumen des Etat-Entwurfs beläuft sich auf 3,974 Milliarden Mark. Der Einzelplan 31 liegt damit in etwa auf der Höhe des Vorjahres (- 0,7 %).

Bundesregierung hält an HRG-Novelle fest

Die Bundesregierung will im Herbst einen Gesetzesentwurf zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vorlegen. Mit der Novellierung sollen die rechtlichen Voraussetzungen für eine "wesentliche Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen geschaffen werden", verlautet es dazu in der Publikation "Informationen" des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft. Diese Zielsetzung verlange eine Teilrevision des bestehenden Gesetzes.

Die geplante Novellierung sieht unter anderem vor, daß die Gesamthochschule als bundesrechtlich verbindliches Organisationsziel für die Entwicklung des Hochschulwesens aufgegeben wird. Die Gesamthochschule soll jedoch weiterhin "eine zulässige Hochschulart" bleiben, die sich allerdings im Wettbewerb mit anderen Hochschularten "bewähren muß".

Die Verantwortung der Hochschulen für die Studienreform soll gestärkt werden. Der Staat, so der Gesetzesentwurf, habe sich aus der inhaltlichen Studienreform weitgehend zurückziehen. Überregionale und regionale Studienreformkommissionen sollen aufgegeben werden. Die bisherigen rechtlichen Grundlagen und Ansätze für ein Aufbaustudium sollen zugunsten eines systematischen, zugleich fächermäßig differenzierten Angebots von Postgraduierten-Studien weiterentwickelt werden. Die Hochschule soll über die Zulassung zu einem solchen Studium entscheiden.

Verbindliche Zwischenprüfungen sollen in den Studiengängen eingeführt werden ("damit nicht geeignete Studenten sich frühzeitig für eine andere Ausbildung entscheiden können"). Besonders befähigten Studenten soll durch

eine Auflockerung der "Regelungsdichte" und des "Verbindlichkeitsgrades" der Studienordnungen eine individuellere Studiengestaltung mit zusätzlichen Entwicklungsmöglichkeiten angeboten werden.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Hochschulforschung wird die Änderung der Vorschriften über die Forschung mit Mitteln Dritter angestrebt: Drittmittelforschung soll den gleichen Rang erhalten wie die aus Etatmitteln finanzierte Forschung. Bei der Drittmittelforschung, so wird von den "Informationen" des Ministeriums angeführt, sei eine freie Auswahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter durch den Drittmittelempfänger zu gewährleisten.

Für die Zusammensetzung der Hochschulgremien soll neben dem Prinzip der Gruppenvertretung der Grundsatz der Fachvertretung maßgebend sein, um der fachlichen Gliederung der Hochschule besser Rechnung zu tragen. Die einzelne Hochschule soll selbst bestimmen können, welches Leitungssystem für sie gelten soll, entweder Rektorats- oder Präsidialverfassung. Beide Verfassungen seien als gleichberechtigte anzusehen.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Situation und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft antwortete im Einvernehmen mit dem Minister für Forschung und Technologie mit dem Schreiben vom 31.07.1984 auf die Kleine Anfrage im Bundestag zur Situation und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Mehrere Abgeordnete und die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP hatten die Anfrage in den Bundestag eingebracht.

Zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses im Zusammenhang mit der Personal- und Stellenstruktur im Hochschulbereich führte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft das Fazit des Wissenschaftsrates in dessen Bericht "Zur Lage der Hochschulen Anfang der 80er Jahre" von Mai 1983 an. Demnach zeigten sich "große Unterschiede zwischen den Lehr- und Forschungsgebieten"; generell würde "die Zahl der jährlich neu zu besetzenden Stellen für Hochschullehrer zwar stark schwanken", die Stellen-Zahl in den 80er Jahren würde aber "sehr gering" sein.